

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 10. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 02. FEBRUAR 2015 IN BAD EMS

Es sind anwesend:

Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern

Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst..... Niederneisen *(bis 10:17 Uhr nach TOP II.5.b)*

Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof

Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter*:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen

Frau Monika Becker..... Winden

Herr Carsten Göller..... Eschbach

Herr Günter Groß Lahnstein

Herr Bernd Hartmann Gemmerich *(ab 09:00 Uhr nach TOP I.2)*

Herr Matthias Lammert, MdL Diez

Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein

Herr Josef Oster Bad Ems

Herr Michael Schnatz Diez *(bis 10:48 Uhr bei TOP II.7)*

Frau Rita Wolf..... Braubach

Es fehlen:

Herr Werner Groß..... Lahnstein

Herr Josef Winkler Bad Ems

Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn

Herr stellvertr. Büroleiter Friedhelm Rücker

Herr Abteilungsleiter Bernd Menche

Herr Abteilungsleiter Dieter Petri

Herr stellv. Abteilungsleiter Christoph Borel-Jaquet

Herr Abteilungsleiter Joachim Feigk *(bis einschl. TOP II.3)*

Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel *(bis einschl. TOP II.1)*

Herr Guido Erler *(bis einschl. TOP II.1)*

Herr Ralf Zimmerschied *(bei TOP I.4)*

Herr stellvertretender Abteilungsleiter Horst Klöckner *(bis einschl. TOP I.3)*

Herr Wilhelm Herm, Koordinator des Projektes Breitbandausbau *(bei TOP II.7)*

Herr Thorsten Butzke *(bei TOP I.7)*

Frau Verena Köhler

Herr Uwe Gilberg-Rindsfüßer

Gäste:

Herr Ltd. Baudirektor Neuroth, Landesbetrieb Mobilität Diez (bis einschl. TOP I.2)

Herr Dr. Neckov, DRK Kreisverband Rhein-Lahn e. V. (bis einschl. TOP II.1)

Herr Bürgermeister Kessler, Ortsgemeinde Altendiez (TOP I.7-I.8, TOP II.3)

Herr Jöckel, Rhein-Zeitung (öffentlicher Teil)

Schriftführerin:

Frau Anna Weispfennig

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08.40 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Hinsichtlich der mit Schreiben vom 23. Januar 2015 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen und Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift

2. Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm 2015;

Information des Landesbetriebes Mobilität Diez zur zeitlichen Umsetzung

3. Neugestaltung des Loreley-Plateaus

4. Übernahme von Schülerfahrkosten zur Ortsgemeinde Zimmerschied

5. Rhein-Lahn-Sportförderung;

Gewährung einer Kreiszuwendung an den TuS Gückingen e. V. 1895 zum Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz

6. Finanzangelegenheiten;

Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden etc. gem. § 58 Abs. 3 LKO

7. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder

8. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

I. Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung regt Herr **Basibüyük** an, dem am 31. Januar 2015 verstorbenen Herrn Bundespräsidenten a.D. Dr. Richard von Weizsäcker zu gedenken.

Der **Vorsitzende** würdigt die politischen und gesellschaftlichen Leistungen des Verstorbenen.

Die Anwesenden gedenken des Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die 09. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode am 15.12.2014 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Rhein-Lahn-Kreisstraßenbauprogramm 2015;

Information des Landesbetriebes Mobilität Diez zur zeitlichen Umsetzung

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf das Kreisstraßenbauprogramm 2015 und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ltd. Baudirektor **Neuroth** vom Landesbetrieb Mobilität Diez.

Herr **Neuroth** trägt den anwesenden Mitgliedern den Sachstand hinsichtlich der Überhangmaßnahmen aus dem Jahr 2014 vor, welche derzeit noch nicht abgeschlossen seien. Des Weiteren gibt er einen Ausblick auf die geplante Umsetzung der Baumaßnahmen im Jahr 2015 sowie auf die voraussichtlichen Bauzeiten. Er weist darauf hin, dass der Kreishaushalt zunächst noch genehmigt werden müsse.

Er beantwortet daraufhin Rückfragen der Kreisausschussmitglieder.

Der **Vorsitzende** bittet ausdrücklich darum, bei Verkehrsprojekten und Umleitungen die Ortsbürgermeister einzubeziehen.

Herr **Neuroth** weist abschließend daraufhin, dass hinsichtlich notwendiger Umleitungen

oder Sperrungen immer eine enge Abstimmung mit der jeweiligen Verbandsgemeinde erfolge. Die Ortsgemeinden sollen von dieser Seite über die Maßnahmen informiert werden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Neuroth für den Sachstandbericht.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Punkt 3:

Neugestaltung des Loreley-Plateaus

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage. Er führt aus, dass sich hinsichtlich der konkreten Umsetzung zur Neugestaltung des Loreley-Plateaus die SGD Nord bereit erklärt habe, die Federführung im Rahmen der Lenkungsgruppe für die Umsetzungsschritte des Projektes zu übernehmen. Neben der bewährten Lenkungsgruppe solle zukünftig eine Arbeitsgruppe die Details wie die jeweilige Trägerschaft, Finanzierung etc. für die konkreten Maßnahmen erarbeiten. Für die Arbeitsgruppe werden ein Mitarbeiter und ein Stellvertreter von der Kreisverwaltung benannt. Der Kreisausschuss werde über die weitere Entwicklung informiert.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen den Sachstand zur Kenntnis und stimmen der dargestellten Vorgehensweise für die weitere Planung der Neugestaltung des Loreley-Plateaus einstimmig zu.

Punkt 4:

Übernahme von Schülerfahrkosten zur Ortsgemeinde Zimmerschied

Der **Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn **Zimmerschied** und übergibt diesem das Wort.

Herr **Zimmerschied** nimmt Bezug auf die Ausführungen der Sitzungsvorlage. Bei der Rückfahrt könne das Unternehmen nach eigener Aussage die Andienung der Ortslage Zimmerschied nicht gewährleisten. Die Kinder stiegen daher mittags an der Haltestelle Abzweig aus und würden die rund 700 Meter über die K3 bis zum Rand der Ortsgemeinde laufen. Ein Fußweg sei nicht vorhanden. Die Verkehrsbelastung sei allerdings sehr gering, da hier nur Zielverkehr herrsche.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Kreisverwaltung und der Landesbetrieb Mobilität erreicht hätten, dass der Bus morgens bei der Hinfahrt die Ortslage andiene. Die Suche nach alternativen Linienführungen sowie die Anfrage nach einer Fahrplananpassung seien erfolglos gewesen.

Herr **Basibüyük** erkundigt sich nach der Größe der Gemeinde.

Herr **Zimmerschied** betont, dass hier überwiegend nur Zielverkehr herrsche.

Herr **Hartmann** regt an, ob ein Tempolimit auf 30 km/h eingeführt werden könne.

Herr **Lammert** führt an, dass ein solches Tempolimit geprüft werden könne. Hinsichtlich der Kostenübernahme gebe er zu bedenken, dass keine Präzedenzfälle geschaffen werden sollten.

Herr **Göller** betont die Problematik, dass auf dem Streckenabschnitt ein Tempolimit von 100 km/h vorhanden sei, während die Kinder ihren Schulweg zurücklegten. Er fragt an, ob ein gestufter Beschluss möglich sei, bei welchem zunächst eine Geschwindigkeitsbegrenzung geprüft werde.

Der **Vorsitzende** spricht sich dafür aus, einen Parallelbeschluss zu fassen. Eine Tempobegrenzung auf 30 km/h sei schwierig durchzusetzen.

Herr **Göller** führt an, dass hinsichtlich der Handreichung des Landesbetriebs Mobilität für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eine realistische Einschätzung geboten sei.

Frau **Becker** betont, dass es hier um den Sicherheitsaspekt gehe.

Herr **Oster** spricht sich für den Vorschlag des **Vorsitzenden** aus. Dies sei am pragmatischsten. Zudem weist er darauf hin, dass die Durchsetzung eines solchen Tempolimits schwierig sei. Des Weiteren werde ein solches in der Praxis auch häufig nicht von Autofahrern akzeptiert.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, stellt der **Vorsitzende** den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung die Verwaltung mit der Vergabe der Beförderungsleistung zur Sicherstellung der Beförderung von der Haltestelle „Zimmerschied Abzweig“ (planmäßige Ankunft der Linie 456 der RMV um 13:52 Uhr) bis zur Haltestelle in der Ortsgemeinde Zimmerschied an allen Schultagen zu beauftragen. Parallel soll geprüft werden, ob eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h für die Wegstrecke zwischen der Haltestelle „Zimmerschied Abzweig“ und der Ortslage Zimmerschied möglich ist. Hiermit soll erreicht werden, dass der Fußweg sicherer wird und die Beförderungsleistung dann wieder entbehrlich ist.

Punkt 5:

Rhein-Lahn-Sportförderung;

Gewährung einer Kreiszuwendung an den TuS Gückingen e. V. 1895 zum Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Kreisausschuss einstimmig, den Umbau eines Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz des TuS Gückingen e. V. 1895 mit einer Kreiszuwendung in Höhe von 40.000,00 € zu fördern.
Zur Auszahlung der Kreiszuwendung werden 40.000,00 € im Jahr 2015 bereitgestellt.

Punkt 6:

Finanzangelegenheiten;

Beratung und Beschlussfassung über die Einwerbung und Annahme von Spenden etc. gem. § 58 Abs. 3 LKO

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Kreisausschuss einstimmig die Annahme der nach § 58 Abs. 3 LKO anzeigepflichtigen Spendenbeträge in Höhe von 17.662,79 € gemäß der der Sitzungsvorlage vom 16.01.2015 beigefügten Aufstellung.

Punkt 7:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder

a) Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 26.01.2015 „Aktueller Sachstand Asyl und Flüchtlinge“

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 26.01.2015 „Aktueller Sachstand Asyl und Flüchtlinge“. Auf Grund der relativ hohen Zuweisungszahlen von Asylbewerbern in den Rhein-Lahn-Kreis seien die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 4 „Soziales“ und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Sozialämtern sehr belastet.

Dies betreffe auch insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde.

Ziel sei es, die zugewiesenen Asylbewerber weiterhin dezentral in Wohnungen unterzubringen; dies könne derzeit noch kreisweit gewährleistet werden. Dafür spreche er den sieben Verbandsgemeindeverwaltungen und der Stadtverwaltung Lahnstein im Kreisgebiet seinen Dank aus.

Außerordentlich erfreulich sei es, dass sich in den vergangenen Monaten in den Städten und Gemeinden im Rhein-Lahn-Kreis insgesamt zehn örtliche „Flüchtlingsinitiativen“ gebildet hätten. Diese leisteten praktische Flüchtlingshilfe vor Ort in Bad Ems, Becheln, Burgschwalbach, Dachsenhausen, Diez, Katzenelnbogen, Lahnstein, Nassau, Nastätten und St. Goarshausen.

Dieses ehrenamtliche Engagement sei nicht selbstverständlich. Er bedanke sich an dieser Stelle bei allen in der Arbeit mit Flüchtlingen tätigen Menschen vor Ort für ihren hervorragenden sozialen Einsatz.

Zur Asylkonferenz am 02. Februar 2015, 15:00 Uhr im Kreishaus seien die sieben Bürgermeister der Verbandsgemeinden sowie der Oberbürgermeister der Stadt Lahnstein, die insgesamt vier evangelischen und katholischen Dekane im Kreisgebiet, die Integrationsbeauftragte der Stadt Lahnstein, den Integrationsbeauftragten der Verbandsgemeinde Diez, die Mitglieder des Initiativkreises für Flüchtlinge und Asylsuchende Rhein-Lahn, die Vertreter der 10 Flüchtlingsinitiativen vor Ort und die Mitglieder des Beirats für Migration und Integration des Rhein-Lahn-Kreises eingeladen.

Ziel der Asylkonferenz sei es, die haupt- und ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen im Rhein-Lahn-Kreis zu koordinieren, potentielle Problemfelder zu benennen, Problemlösungen gemeinsam zu erarbeiten und diese dann vor Ort zum Wohle der Flüchtlinge in die Praxis umzusetzen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

b) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.01.2015 „Einführung eines Rats- und Amtsinformationssystems auf Kreisebene“

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Lammert**.

Herr **Lammert** erläutert den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Ein solches System sei für die Kreistagsmitglieder, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger hilfreich. Gleichzeitig erkundigt er sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Anfrage in der Sitzung vom 15.09.2014 zum Thema „kostenloses WLAN in den kreiseigenen Gebäuden“.

Der **Vorsitzende** führt an, dies werde in dem Prüfauftrag hinsichtlich eines Ratsinformationssystems berücksichtigt. Er betont, dass eine Versendung der Unterlagen entweder ausschließlich elektronisch oder ausschließlich schriftlich erfolgen solle und bittet hierfür um Verständnis.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Butzke**.

Herr **Butzke** führt aus, dass ein Problem u. a. die Druckkosten seien, die dann auf das Ratsmitglied übertragen würden. Des Weiteren greife ein solches System erheblich in die Verwaltungsabläufe ein, weshalb es hier einer entsprechenden Schulung und Vorbereitung bedürfe.

Herr **Hartmann** berichtet, dass die Einführung eines Ratsinformationssystems sehr aufwändig für die Verwaltung sei.

Herr **Oster** merkt an, dass zwar zunächst ein Mehraufwand gegeben sei. Vorteil sei, dass auch alles archiviert werden könne. So habe jeder die Möglichkeit, alle Informationen zu bekommen.

Herr **Göller** merkt an, dass es entsprechende Erfahrungen auf Verbandsgemeindeebene gebe. Allerdings müsse man die fortschreitende Technik berücksichtigen.

Herr **Lammert** nimmt Bezug auf das Transparenzgesetz. Dies sei eine Herausforderung für die Verwaltung.

Herr **Basibüyük** betont, dass nach seiner Ansicht Transparenz nicht hervorgehoben werden müsse. Der Rhein-Lahn-Kreis sei „Vorreiter“ im Breitbandausbau, weshalb auch hier eine entsprechende Präsenz gezeigt werden solle.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzbarkeit eines Rats- und Amtsinformationssystems auf Kreisebene zu prüfen. Ebenso soll in diesem Zusammenhang entsprechend dem Prüfauftrag des Kreisausschusses vom 15.09.2014 die Umsetzbarkeit eines freien Zugangs ins Internet über kostenloses WLAN in den kreiseigenen Gebäuden des Kreises insbesondere hinsichtlich der Anschaffungskosten und laufenden Kosten sowie der Datenschutz- und Haftungsfragen geprüft werden.

Punkt 8:
Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Es liegen *keine* Mitteilungen im öffentlichen Sitzungsteil vor.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die öffentliche Sitzung des Kreisausschusses um 09:37 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 10. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 11:00 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

(Anna Weispfennig)